

Die Grenzen des Fortschritts und die Erneuerung der progressiven Bewegungen¹

Linke und Politische Ökologie in Südamerika

EDUARDO GUDYNAS²

Nach langen Anstrengungen übernahmen in der Mehrzahl lateinamerikanischer Länder verschiedene Gruppierungen, die sich selbst als progressiv oder links verstehen, die Regierungsgeschäfte. Gegen Ende der ersten Dekade des neuen Jahrtausends wurde ein Maximum von acht Staaten von progressiven Regierungen geführt, die unterschiedlichen Rhythmen und Schwerpunktsetzungen folgten. Die regierende Linke musste sich bestehenden Dringlichkeiten und Herausforderungen in differenzierter Weise anzunehmen. Während im Kampf gegen die Armut Erfolge verzeichnet werden können, stellt sich die Umweltproblematik komplexer dar: die Umweltzerstörung schreitet weiterhin voran und der Unmut in der Zivilgesellschaft darüber wächst (in einigen Fällen wurden Bürgerproteste aufgenommen). Die Frage nach dem Umgang mit der Natur hat sich in eine der zentralen Herausforderungen für die zeitgenössische lateinamerikanische Linke verwandelt.

Die theoretischen Reflexionen in Richtung einer politischen Ökologie blieben beschränkt. Neben allgemeinen Rufen nach Naturschutz oder Kampagnen zu Themen über den Klimawandel hat die Linke nur wenige aktuelle konzeptionelle Analysen zur Umweltthematik geleistet. Somit sind solche Reflexionen dringend notwendig.

Der vorliegende Essay ist als ein Beitrag zu solchen Reflexionen zu verstehen. Die Umweltpolitik der südamerikanischen progressiven Regierungen wird kurz umrissen und davon ausgehend werden konzeptionelle und theoretische Herausforderungen, denen sich die Linke stellen muss, erläutert. Im Speziellen wird auf die anhaltende Fortschrittsideologie und ihre gegenwärtige Neuformierung eingegangen sowie auf einige Punkte hingewiesen, in denen sich die sozialistische Tradition mit der Umweltthematik verknüpfen sollte. Weder kann im Detail auf die Umsetzung der umweltpolitischen Ziele der progressiven Regierungen eingegangen, noch können alle Verbindungen zwischen den Themen der Linken und des Umweltschutzes aufgezeigt werden. Die Aufgabe dieses Beitrags beschränkt sich darauf, einige der wichtigsten konzeptionellen Spannungen der Gegenwart zu beleuchten.

Beobachtungen zeigen, dass die linken Regierungen keine substanziellen umweltpolitischen Verbesserungen erzielen konnten. Dies ist im Besonderen auf den Vormarsch des neuen Extraktivismus in verschiedenen Ländern zurückzuführen. Die politische Debatte rund um umweltrelevante Themen war beschränkt und die Versuche einer konzeptio-

nellen Erneuerung, wie die Idee eines Sozialismus des 21. Jahrhunderts, ignorieren die Umweltthematik oder binden sie nicht adäquat ein. Auf diese Weise wiederholen sich traditionelle Muster der Aneignung von Ressourcen, besonders in Hinsicht auf den Rohstoffexport und die Minimierung der damit verbundenen Folgewirkungen, und fördern dadurch erneut die Fortschrittsideologie.

Eine linke Perspektive, welche die Umweltthematik integrieren will, muss traditionelle Ideen, wie den Glauben an den selbsttragenden Fortschritt, die Möglichkeit einer Zukunft im Überfluss und den Widerstand gegen eine Umweltethik, einer Prüfung unterziehen. Neben anderen Herausforderungen ist es notwendig, das Bestehen einer Welt der Knappheit und der ökologischen Schranken anzuerkennen, die Abhängigkeit von der am Rohstoffexport orientierten Ökonomie zu überwinden, sich mit der sozialen und kulturellen Vielfalt des Kontinents auseinanderzusetzen und eine Umweltethik zu entwickeln, die den intrinsische Wert der Natur anerkennt.

Linke und Umweltschutz: eine schwierige Vorgeschichte

Die Umweltdebatte gewann spätestens seit den 1970er Jahren in Südamerika zunehmend an Relevanz. Sie manifestierte sich im Auftreten verschiedener Bürgerorganisationen, grüner Parteien, akademischer Vereinigungen zu ökologischen Themen sowie institutionellen Regelungen und unterschiedlichen Normen, sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene. Die Beziehungen zwischen der grünen Bewegung und dem breiten Spektrum der lateinamerikanischen Linken nahmen in diesem Prozess verschiedenste Facetten an. Während man sich in manchen Punkten verständigen konnte, blieb auch Konfliktpotenzial bestehen.

Wie die Linke zeichnet sich auch die Umweltbewegung durch eine hohe Pluralität aus. Verschiedene Strömungen agieren aus unterschiedlichen politisch-philosophischer Motivationen. Ähnlich wie die Linke breit als Strömung, die sich der Durchsetzung von Gleichheit und Gerechtigkeit verschrieben hat, definiert werden kann (Bobbio 2001), existieren auch Umweltbewegungen, die aus einer ähnlichen Perspektive heraus für soziale und ökologische Gerechtigkeit eintreten.

Während die grünen Parteien weitgehend erfolglos blieben (mit einigen Ausnahmen, wie zum Beispiel in Brasilien), unterstützten herausragende Akteure der Umweltbewegung direkt oder indirekt die linken und progressiven Parteien. Dies wurde besonders deutlich im Zuge der Redemokratisierung der Länder des *Cono Sur* [Argentinien, Chile, Uruguay, Paraguay], der verfassungsgebenden Debatte in Brasilien oder in den Spitzen der Opposition gegen die neoliberalen Reformen in mehreren Ländern in den 1980er und 1990er Jahren. In diesen und anderen Fällen ähnelten sich die Diskurse der Linken und Umweltbewegungen weitgehend. Man wies den Reduktionismus auf den Marktmechanismus zurück, prangerte die Verhältnisse auf dem Land an, verurteilte die soziale Ungleichheit und trat für eine radikale Demokratisierung ein. In einigen Fällen entwickelte sich eine weitgehende Zusammenarbeit zwischen Umweltaktivisten und anderen sozialen Bewegungen und politischen Gruppierungen, wie zum Beispiel in der Kampagne gegen eine von den USA forcierte gesamtamerikanische Freihandelszone (ALCA). So entstanden direkt oder indirekt Begegnungen zwischen «Rot» und «Grün», die zum

politischen Umschwung der letzten Jahre beitrugen und aus denen die Regierungen der neuen Linken entstanden.

Zu Beginn der 2000er Jahre war der Einfluss der Umweltbewegung in verschiedenen linken Parteien von großer Bedeutung. Zum Beispiel entwarf der *Partido dos Trabalhadores* (PT – Arbeiterpartei) in Brasilien verschiedene Strategien zur Lösung der Umweltproblematik, oder unterstützten diverse Umweltorganisationen und Persönlichkeiten aus dem Umweltbereich aktiv *Alianza País* in Ecuador oder den *Movimiento al Socialismo* (MAS – Bewegung zum Sozialismus) in Bolivien. Auch im Programm des uruguayischen Bündnisses *Encuentro Progresista – Frente Amplio* tauchten verschiedene Aspekte und Forderungen der Umweltbewegung auf.

Diese Situation unterscheidet sich stark von jener in den 1970er Jahren und den Anfängen der 1980er Jahre. Damals herrschten Unstimmigkeiten vor. Ein großer Teil der konventionellen lateinamerikanischen Linken betrachtete die umweltpolitischen Forderungen als ein Hindernis für die Entwicklung oder als eine Banalität der wohlhabenden Bourgeoisie, welche die Bedürfnisse des Volkes und die Dringlichkeit einer sozialen Revolution nicht verstand. Deutlich wurde dies an der Ablehnung der Vorstellung von den Grenzen des Wachstums, in Lateinamerika von Gruppierungen vorgetragen, die sich selbst als sozialistisch definierten, wie die Unterstützer des *Modelo Mundial* der *Fundación Bariloche* (für die historische Untersuchung siehe Gudynas 2003).

Umweltsituation unter den progressiven Regierungen

Gegen die zweite Hälfte der ersten Dekade des neuen Jahrtausends wurden acht Staaten in Lateinamerika von der Linken (oder von Regierungen, die sich selbst so bezeichnen) regiert: Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Ecuador, Paraguay, Uruguay und Venezuela (zur Vielfältigkeit der Regierungsführung in diesen Ländern siehe Saint-Upéry 2008). Es ist deshalb notwendig, einige herausragende Aspekte der Umweltproblematik in dieser veränderten Landschaft zu beleuchten.

Da besagte politische Gruppierungen durch Kritik an ihren konservativen Vorgängern, und im Speziellen an deren neoliberalen Reformen, an die Macht kamen, erwarteten sich viele substantielle Veränderungen. Besonders die neoliberalen, marktorientierten Reformen schwächten die Umweltpolitik und lähmten die normative Stärkung des Umweltschutzes. Die erhofften Ergebnisse der jüngsten politischen Veränderungen blieben jedoch hinter den Erwartungen zurück.

In Hinsicht auf die institutionelle Architektur zeigt sich ein differenziertes Bild. In Chile wurden mit der Schaffung eines Umweltministeriums und der Erlassung einer Richtlinie (Januar 2010) für die Einrichtung einer Evaluationsbehörde für Umweltfragen, einer Aufsichtsbehörde, und eines Umweltgerichtshofs (noch in der Schwebe) wichtige Schritte gesetzt. Im Falle Boliviens erfolgte während der ersten Amtszeit von Evo Morales eine Verschlechterung der Situation mit der Auflösung des für Umweltfragen zuständigen Ministeriums, was zu großen Unsicherheiten bezüglich der Kompetenzen und Verantwortlichkeiten in diesem Bereich führte. Mit der Verfassungsreform und der darauf folgenden Schaffung des Ministeriums für Umwelt und Wasser wurde diese Lücke jedoch wieder gefüllt. In anderen Ländern sind substantielle Veränderungen in die Wege gelei-

tet worden, deren Ergebnisse noch im Dunkeln liegen. Dies ist zum Beispiel in Brasilien mit der Aufteilung des Brasilianischen Umweltinstituts (IBAMA) in zwei neue Organisationen, das IBAMA einerseits und das Institut Chico Mendes zum Schutz der Biodiversität andererseits, der Fall. In anderen Ländern schließlich, wie Argentinien und Uruguay, blieben die vorhandenen institutionellen Strukturen weitgehend bestehen.

Neben den bereits erwähnten Veränderungen in Chile, stechen besonders die Verfassungsreformen in Ecuador und Bolivien in Hinsicht auf die Gesetzgebung hervor. Die ecuadorianische Verfassung von 2008 bietet die weitreichendsten Erneuerungen, die in vielen Fällen das Ergebnis eines Dialogs zwischen den politischen und philosophischen Standpunkten der progressiven Bewegungen und der Umweltbewegung sind. Bürgerrechte, die in Verbindung zur Umwelt und zur Lebensqualität stehen, wurden gestärkt. Erstmals wurden die Rechte der Natur (einschließlich des Rechts zur Umweltrestaurati-on) anerkannt, und das Konzept der Natur wurde mit jenem der *Pachamama* [in etwa: Mutter Erde] gleichgesetzt. Somit ist die ecuadorianische Verfassung das erste in die Praxis umgesetzte Beispiel eines Biozentrismus (Gudynas 2009b) und ohne Zweifel eine der wichtigsten Errungenschaften in Umweltbelangen in Lateinamerika.

Im Gegensatz dazu und jenseits der Schlagzeilen in der Presse, behält die bolivianische Verfassung von 2009 eine konventionelle Annäherung an die Thematik bei, indem sie zwar die Rechte der dritten Generation, die in Verbindung zur Umwelt stehen, stärkt, Innovationen wie solche in Ecuador aber nicht anbietet. Überdies ist die bolivianische Verfassung widersprüchlich. In mehreren Artikeln findet sich die Industrialisierung der natürlichen Ressourcen als eine der Zielsetzungen des Staates. Dies hat zur Konsequenz, dass einige Maßnahmen zum Umweltschutz oder der Verteidigung von Naturgebieten als verfassungswidrig eingestuft werden könnten, da sie die Nutzung von Ressourcen verhindern.

In Hinblick auf das Umweltmanagement verkompliziert sich die Situation weiter und Konflikte und Dispute treten deutlicher zu Tage. In allen von progressiven Regierungen geführten Ländern bestehen verschiedene Umweltprobleme weiter. In einigen wenigen Fällen wurden Fortschritte erreicht, wie zum Beispiel die Schaffung neuer Schutzgebiete, die Behandlung des Abfalls in einigen Städten oder die Errichtung von Kläranlagen zur Abwasserbehandlung. Aber in der Mehrzahl der Sektoren hat sich die Situation nur geringfügig verändert oder sogar verschlechtert. In Brasilien zum Beispiel haben sich die Abholzungsraten im Amazonas verringert, in anderen Regionen hat sich die Umweltsituation verschlechtert. Besonders die *Cerrados* (Savannengebiete) geraten aber durch den Vormarsch der Viehzucht und des Sojaanbaus zunehmend unter Druck.

In mehreren Staaten wird die sogenannte Flexibilisierung der Umweltnormen und -kontrollen gefordert, sei dies direkt zum Beispiel durch die Neuformulierung der Auflagen für Umweltverträglichkeitsprüfungen, oder indirekt durch die ungenügende Anwendung von Gesetzen, Richtlinien, Überprüfungen oder Bestrafung der Rechtsbrecher (CLAES 2010).

Die Situation ist in den klassischen extraktiven Sektoren, wie Minenwirtschaft und Erdölförderung, aber auch in der Landwirtschaft mit großflächigen, intensiv bewirtschafteten Monokulturen besonders alarmierend. In den konservativ regierten Ländern (Peru, Kolumbien) werden konventionelle Umweltstrategien beibehalten. Auffällig ist je-

doch, dass in den progressiv regierten Staaten ein Neo-Extraktivismus auftauchte (Gudynas 2009a). In diesen Fällen gibt es einen Bedeutungsgewinn des Staates, der sich in verschiedener Weise äußert: in der Erhöhung von Abgaben und Steuern (Bolivien, Ecuador, Venezuela), der Reaktivierung oder Neugründung von staatlichen Unternehmen (Argentinien, Bolivien), oder in der direkten Finanzierung extraktiver Aktivitäten durch den Staat (Brasilien). Die progressiven Regierungen präsentieren sich als besonders gute Promotoren des Extraktivismus und effizient in der Generierung von Wirtschaftswachstum. Außerdem verstärken sie ihr Engagement, wie im Falle Boliviens, mit staatlichen Projekten zur Ausbeutung der Eisen- und Lithiumvorkommen. Die progressiven Regierungen bestehen darauf, einen höheren Anteil am wirtschaftlichen Reichtum kassieren, um damit Sozialprogramme, besonders Zahlungen an die Ärmsten, zu finanzieren. Dieser Ansatz dient als politische Legitimation zur Durchsetzung des Extraktivismus, der eine wesentliche Komponente zur Erreichung von sozialer Gerechtigkeit, eine der klassischen Forderungen der Linken, sei.

Gleichzeitig reproduziert der neue Extraktivismus die sozialen und ökologischen Probleme seines Vorgängermodells, wie die Kontamination von Böden und Wasser, die Abholzung, den Biodiversitätsverlust, die Effekte auf die Gesundheit der Bevölkerung, etc. (für den Fall Ecuadors siehe Acosta 2009). Somit entstehen abermals exportorientierte «Enklavenökonomien», die nicht in der Lage sind, produktive Verkettungen in Gang zu setzen, nur wenige Arbeitskräfte benötigen und viele externe Kosten verursachen. Folglich setzen sich die Konflikte über Territorien und die negativen Auswirkungen auf die lokale Bevölkerung fort, die meistens keine spürbaren Vorteile genießt. Aus dieser Situation und aufgrund des Neo-Extraktivismus kritisieren die Umweltbewegungen die Praxis der progressiven Regierungen (Gudynas 2010).

Das Zusammenspiel der verschiedenen Faktoren führt zu einer schwerwiegenden Umweltsituation in Südamerika. Eine kürzlich erschienene internationale Evaluation weist Brasilien als den Staat mit den weltweit höchsten absoluten Einwirkungen auf die Umwelt aus. Weitere sechs südamerikanische Staaten (Peru, Argentinien, Kolumbien, Ecuador, Venezuela und Chile) finden sich unter den 30 schwersten Fällen. In Bezug auf den Grad der relativen Einwirkungen auf die Umwelt, ist die Situation in Ecuador, das weltweit Platz 22 einnimmt, am schlimmsten (Bradshaw et al. 2010).

Zu den dringlichsten Umweltproblemen in Staaten unter progressiven Regierungen sind zu zählen: die Minenwirtschaft und der Sojaanbau in Argentinien; die Abholzung, lokale, informelle Minenwirtschaft, illegale Landnahmen, Monokulturanbau und verschiedene Formen der Verschmutzung in Brasilien; die Abholzung und die Minenwirtschaft in Chile; der Verlust naturnaher Landschaften, neue Minen und Staudambauten in Bolivien; die Minen, Erdölförderung und Abholzung in Ecuador; der Pestizideinsatz in Uruguay; die Minen, die Abholzung und einige Infrastrukturprojekte in Venezuela.

Es lässt sich nicht bestätigen, dass die progressiven Regierungen substanzielle Verbesserungen für die Umwelt gebracht hätten. Dies erklärt die sich wiederholenden Alarmrufe und Forderungen der Umweltorganisationen, die in einigen Fällen zu intensiven Konflikten anwachsen. Die Form dieser Konflikte hängt dabei von den in den einzelnen Ländern jeweils üblichen politischen Praktiken, der Art der sozialen Proteste, der politi-

schen Kultur, dem Grad der Institutionalisierung des politischen Systems und der Legitimität der Parteianhänger ab. Wo die Verflechtung zwischen Parteien und Staat eher gering ist, wachsen soziale Forderungen schneller zu Protesten heran (wie in Argentinien oder Ecuador). Wo es mehr Vertrauen in Parteien und Staat gibt, existieren alternative Kanäle um umweltpolitische Forderungen, sei es über Parteien oder auf administrativem Weg durchzusetzen (wie es in Chile oder Uruguay üblich ist).

Solange die negativen Effekte auf die Umwelt bestehen, werden unweigerlich Spannungen entstehen; zwischen der Art der Entwicklung, die die progressiven Regierungen vorantreiben und den Auswirkungen auf die Umwelt einerseits; sowie zwischen den politischen Strömungen, die diese Regierungen unterstützen und der Bewertung durch die Gesellschaft andererseits.

Ein grüner Disput im herrschenden Progressivismus

Es ist allgemein anerkannt, dass die progressiven Regierungen Konflikten über die zu verfolgenden Entwicklungsstrategien gegenüberstehen, insbesondere bei den ökonomischen Maßnahmen. Analog dazu könnte man auch von den «grünen Disputen» innerhalb dieser Regierungen sprechen. Eines der zentralen Themen dieses Disputs ist die vorherrschende Tendenz zur Intensivierung der traditionellen Entwicklung, basierend auf der Aneignung der Natur, wie sie sich im Neoextraktivismus äußert.

Einer der offensichtlichsten Fälle ereignete sich in Brasilien, innerhalb der Regierung Lula und seiner PT (Arbeiterpartei). Die ehemalige Umweltministerin Marina Silva stimmte in mehreren Punkten nicht mit der Regierung überein. Zentrale Konfliktpunkte waren zum Beispiel die Zulassung von gentechnisch veränderten Produkten oder die Art der Durchführung von Schutzprogrammen in der Amazonasregion. Schließlich trat Silva im August 2009 zurück und übernahm später für die Grüne Partei die Präsidentschaftskandidatur.³ Der Wahlerfolg mit beinahe 20% der Stimmen (fast 20 Millionen WählerInnen) in der ersten Wahlrunde zwang die anderen beiden großen antretenden Bündnisse, ebenfalls Umwelthemen in ihr Programm aufzunehmen. Auch Dilma Rousseff, die Kandidatin der PT, sah sich gezwungen, dies zu tun. Obwohl Rousseff die Wahlen letztlich gewann, entging niemandem, dass sie als ehemalige Ministerin eine der Hauptgegnerinnen der von Silva vorgeschlagenen Maßnahmen zum Umweltschutz war.

Weitere Diskussionen können zum Beispiel in Ecuador unter der Regierung von Rafael Correa (besonders in Bezug auf das Moratorium der Erdölförderung im Yasuní Nationalpark) oder in Bolivien beobachtet werden. In Bolivien haben indigene Gruppen, die ursprünglich die MAS (Bewegung zum Sozialismus) unterstützten, sich von dieser Partei distanziert, da sie mit der Art, wie die Regierung die Rohstoffe innerhalb der indigenen Territorien verwaltet, nicht einverstanden sind (dabei kam es unter anderem zu Märschen für die Würde und das Territorium, wie sie zuvor auch gegen die neoliberalen Regierungen üblich waren). Sehr viel gedämpfter fanden diese Diskussionen auch innerhalb der Regierungskräfte in Argentinien und Chile statt. In Chile zum Beispiel stand die Umwelthematik stärker im Mittelpunkt der Präsidentschaftswahlkampagne 2009, da der Kandidat der dissidenten Linken, Marco Enríquez Ominami, einige zentrale Umweltfragen in den Wahlkampf einbrachte.⁴

In manchen Ländern schließlich fand dieser Disput gar nicht statt. Das Extrembeispiel ist Uruguay unter der Regierung der Frente Amplio. Während der letzten Wahlkampagne 2009 enthielt die Wahlplattform nicht einmal einen Abschnitt für Umweltbelange. Sicherlich ist dies die erste linke Partei, die im 21. Jahrhundert die Relevanz der Thematik nicht anerkennt.

Es setzt sich also eine Tendenz zu klassischen entwicklungspolitischen Vorstellungen durch, obwohl sich in einigen Fällen «grüne Dispute» innerhalb der Regierungskräfte und ihrer Parteibasis ereignen. Jene AktivistInnen, welche die umweltpolitischen Positionen verteidigen wollen, werden üblicherweise von jenen dominiert, die die traditionelle Nutzung der natürlichen Ressourcen propagieren. Letztere sind innerhalb der Regierungen in der Mehrzahl und erhalten zusätzlich direkte und indirekte Unterstützung von anderen herkömmlichen politischen Kräften, verschiedenen AkademikerInnen und vielen Unternehmergruppen. Die politischen Ungleichgewichte sind eindeutig, und das erklärt, warum die Umweltthemen fast immer ins Hintertreffen geraten.

Die regierende Linke treibt so in Richtung eines Pragmatismus, in dem ökonomisches Wachstum durch die Steigerung der Exporte unausweichlich erscheint. Deshalb muss die Extraktion von natürlichen Ressourcen fortgesetzt oder sogar beschleunigt werden. Aus dieser Perspektive ist das notwendig, um die ökonomische Dynamik aufrecht zu erhalten und Mittel zur Bekämpfung der Armut zu erlangen. Natürlich ist der staatliche Anteil an den erzielten Überschüssen gewachsen, aber die Staaten sind nach wie vor auf die extraktiven Unternehmen angewiesen, um sich finanzieren zu können. Die progressiven Regierungen haben sich mit ihren Entwicklungsstrategien, besonders mit dem Neoextraktivismus und der damit verbundenen Beibehaltung der primären Produktion, Abstützung auf Exportenklaven und Unterordnung unter den Handel und die ausländischen Direktinvestitionen vom klassischen Geist der Linken entfernt.

Mit ihren Sozialprogrammen wollen sie jedoch zu den Wurzeln der Linken zurückkehren. Dennoch stützt sich ihr Modell von sozialer Gerechtigkeit immer mehr auf Geldtransfers und bekräftigt eine ökonomische und instrumentelle Gerechtigkeit, mit welcher sich die Möglichkeiten für eine ökologische Dimension der Gerechtigkeit verringern.

Die Stellung der Umwelt in den Versuchen der theoretischen Erneuerung

Gegenwärtig laufen verschiedene Versuche einer theoretischen Erneuerung der lateinamerikanischen Linken. Unter ihnen erregen besonders die Ideen zu einem «Sozialismus des 21. Jahrhunderts» Interesse. Unter diesem breiten Ansatz wiederum sind einige Autoren hervorzuheben, unter ihnen Atilio Borón (2008), Heinz Dieterich (2008) und Juan Carlos Monedero (2008). Es ist angebracht zu überprüfen, inwieweit diese Anstrengungen die Umweltthematik integrieren.

Der gemeinsame Nenner der angesprochenen Autoren ist eine radikale Kritik am Kapitalismus, obwohl ihre Vorschläge zu Alternativen durchaus unterschiedlich ausfallen (einige bleiben im Allgemeinen, andere wiederholen Gemeinplätze und in nur wenigen Fällen wird präzisiert). Aber weder Borón noch Dieterich sprechen die Umweltproblematik im Detail an, während Monedero andeutet, dass die «Sozialismen» des 21. Jahr-

hunderts sich auf Nachhaltigkeit und Ökologie stützen müssten. Er definiert diese Aspekte jedoch nicht und arbeitet auch die damit einhergehenden Implikationen nicht aus (für ausführlichere Kommentare, siehe Gudynas 2010).

Die Überprüfung dieser Beiträge zeigt, dass die Proponenten des Sozialismus des 21. Jahrhunderts weiterhin die Umweltthematik nicht verstehen, die Reflexionen anderer Autoren nicht genutzt haben und der Dialog mit anderen lateinamerikanischen Initiativen zäh verläuft. Zum Beispiel werden die Vorschläge des Kolumbianers Fals Borda (2007) zu einem «ökologischen» und «verwurzelten» (in Anspielung auf die historischen und kulturellen Wurzeln der Völker Lateinamerikas) Sozialismus nicht berücksichtigt. Obwohl dieser Autor seine Idee nicht ausarbeitet, weist er doch in eine andere Richtung. Andere punktuelle Beiträge, die Sozialismus, Marxismus und die Umweltthematik miteinander verbinden, werden ebenfalls nicht analysiert. Als wenige südamerikanische Beispiele können Alimonda (2001), Capriles (2007) und Sabbatella (2010) genannt werden. Auf internationaler Ebene stechen O'Connor (1998) und Foster (2004) hervor. Die vielleicht detaillierteste Ausarbeitung findet sich bei Michael Löwy, einem brasilianischen Soziologen, der seit langer Zeit in Paris lebt. Löwy (2005) analysierte die Beziehungen zwischen Ökologie und Sozialismus und kam zur Schlussfolgerung, dass man die marxistische Konzeption der Produktivkräfte einer kritischen Revision unterziehen und mit der Ideologie des Fortschritts komplett brechen und dabei ethische Aspekte einbeziehen muss.

Die gegenwärtigen Beiträge zum Sozialismus des 21. Jahrhunderts nutzen diese Reflexionen nicht. Sie akzentuieren die Kritik am Kapitalismus, lassen aber viele Zweifel darüber, welches die konkreten Alternativen sind, um den Übergang zu einer postkapitalistischen Entwicklung einzuleiten. Jenseits der Zustimmung oder Ablehnung zu einigen dieser Vorschlägen hat es Konsequenzen, dass sie ihr Modell entwickeln, ohne in substantieller Weise auf die Umweltthematik einzugehen, und dass dies gerade in Lateinamerika geschieht; einem Kontinent, der nicht nur über einen enormen ökologischen Reichtum verfügt, sondern auch unter ernsthaften und wachsenden Umweltproblemen leidet.

Neben den erwähnten Beiträgen nahmen andere Versuche einer grünen Erneuerung der Linken den sogenannten «Dritten Weg» als Ausgangspunkt. Diese Diskurse griffen einige Aspekte der Umweltthematik auf, entledigten sich gleichzeitig aber einiger Schlüsselinhalte der Linken. Daher bieten auch sie kein Versprechen auf Veränderung (zum Dritten Weg siehe Giddens [1999], und die Kritik von Callinicos [2002]).

Diese und andere Überprüfungen zeigen, dass die genannten Versuche einer theoretischen Erneuerung die Umweltthematik nicht substantiell einbinden konnten. Mehr noch, da die erfolgten Vorschläge mit Ausnahme einiger weniger sehr allgemein gehalten sind, bleiben Zweifel über die konkreten Instrumente in der Politik und im Entwicklungsmanagement.

Die Beständigkeit der Fortschrittsideologie

Die erwähnten Beispiele verdeutlichen, dass sich einer der zentralen Punkte der Umweltdébatte in den progressiven Regierungen um die Konzeption von Entwicklung und

die Rolle der Natur im Entwicklungsprozess dreht. Um diese Frage zu erörtern, muss zunächst verdeutlicht werden, dass die Regierungsantritte von Lula in Brasilien, Correa in Ecuador, Morales in Bolivien und Vázquez in Uruguay eine substanzielle Veränderung der politischen Situation darstellten. Neben ihren unterschiedlichen Positionierungen und Schwerpunktsetzungen brachen die progressiven Regierungen mit der Welle neoliberaler Reformen, reorientierten den Staat und legten eine Reihe von Sozialprogrammen auf, die im Allgemeinen sehr erfolgreich im Kampf gegen die Armut und in manchen Fällen gegen die Ungleichheit waren. Ihre Entwicklungsmodelle sind also nicht identisch mit jenen, die vom neoliberalen Reduktionismus verteidigt werden.

Diese Regierungen und die sie unterstützenden politischen Strömungen generieren eine spezielle Version des Fortschritts, mit einigen Neuerungen, wie einer stärkeren staatlichen Präsenz und einer klaren sozialen Sensibilität. Aber die alten Ideen einer Entwicklung, verstanden als kontinuierlicher Fortschritt, der sich auf die Ausbeutung des ökologischen Reichtums des Kontinents stützt, tauchen wieder auf. Das Wirtschaftswachstum wird als Motor dieses Fortschritts verteidigt, und um dieses zu erreichen, setzt man darauf, die Exporte zu fördern und Direktinvestitionen anzulocken.

Der Mythos lebt weiter, dass jedes Land über enorme natürliche Reichtümer verfüge und dass die Degradierung nicht so schlimm sei, wie diejenige, die sich in den industrialisierten Ländern beobachten lässt. Gemäß dieser Vorstellung seien die Auswirkungen auf die Umwelt nur gering und handhabbar. Und falls doch nicht, sollten sie als unvermeidbar akzeptiert werden, als notwendige lokale «Opfer» für den nationalen wirtschaftlichen Wohlstand. Der Kampf gegen die Armut wird zu einer weiteren Rechtfertigung für die Notwendigkeit, die Ressourcenextraktion vorantreiben. Die Länder bleiben weiterhin Lieferanten von Rohstoffen (*commodities*) für den globalen Markt, und zwar in einer untergeordneten Rolle (maskiert durch den hohen Preis der Rohstoffe).

Die gegenwärtigen progressiven Bewegungen unternehmen einige staatliche Anstrengungen, um den Markt zu regulieren und Maßnahmen zum sozialen Ausgleich zu schaffen. Die Logik dieser Entwicklungsstrategie wird jedoch nicht diskutiert. Mehr noch, Schritt für Schritt verbreitet sich die Idee, dass die ökologischen Reichtümer nicht «verschwendet» werden dürften, und dass die Linke sie höchst effizient nutzen könne.

Dieser und andere bereits angesprochene Aspekte repräsentieren die herausragenden Elemente der Fortschrittsideologie. Von ihr ausgehend werden unterschiedliche Entwicklungsparadigmen konstruiert, einschließlich der verschiedenen Ausprägungen des Kapitalismus, die in den letzten Jahrzehnten bestanden. Aber diese Ideologie prägt und bestimmt auch die Alternativen, besonders jene sozialistischer Orientierung, in denen der Traum vom permanenten Fortschritt und die Notwendigkeit zur Manipulation der natürlichen Umwelt wieder auftauchen.

Im Rahmen der Fortschrittsideologie erscheinen der traditionellen Linken die Forderungen nach einem Schutz der Natur als fremd: als Bremsen des dringlichen ökonomischen Wachstums und als Hindernisse, um die finanziellen Mittel für die Programme zur Armutsbekämpfung aufzubringen. Ein deutliches Beispiel für diese Haltung ist die Aussage von Evo Morales angesichts von Protesten der lokalen Bevölkerung gegen die Ausbeutung von Rohöl. Morales stellte sich 2009 die Frage: «Wovon wird Bolivien leben, wenn einige NGOs für eine Amazonasregion ohne Erdölförderung eintreten?» Und das

würde dazu führen, dass das «bolivianische Volk kein Geld haben wird», und damit würden die Sozialleistungen sinken⁵. Schließlich eskalierte im Jahre 2010 der indigene Protest, verschiedenste Organisationen mobilisierten sich und forderten eine «ökologische Pause». Dennoch bekräftigte Präsident Morales seine Haltung und verweigerte den indigenen Völkern die Mechanismen der Anhörung, die er als «Zeitverschwendung» betrachtete. Die Priorität liege auf der «Beschleunigung» der Projekte. Er fügte hinzu, diese Proteste implizierten die Ablehnung von «Landstraßen, interozeanischer Korridore und von Minenwirtschaften» und dass damit die Sozialleistungen sinken würden.⁶

Die Diskussionen über ein Moratorium der Erdölförderung in der ecuadorianischen Amazonasregion sind ein weiteres Beispiel. Jenseits der unmittelbaren Ergebnisse, ist allerdings hervorzuheben, dass diese Debatte überhaupt stattfindet. Das illustriert die größere Bereitschaft, solche Themen anzusprechen, während etwas Vergleichbares zurzeit in Brasilien oder Bolivien sehr schwierig ist. In Ecuador wird zudem anerkannt, dass der extraktivistische Weg keine mittel- und langfristige Zukunft hat. Deshalb verweist der nationale Entwicklungsplan auf einen postextraktivistischen Entwicklungsweg.⁷

Notizen zu einer ökologischen Erneuerung der Linken

Die vorangegangenen Beispiele zeigen, dass ein Großteil der ökologischen Kritik ins Zentrum der Ideologie des ewigen Fortschritts zielt und zugleich auf die Anerkennung der Verknüpfung von sozialer und ökologischer Gerechtigkeit pocht. Um diese Punkte drehen sich viele der Konflikte zwischen Strömungen der Linken und der Umweltbewegung. Jedoch haben die grünen Perspektiven, die sich um die ökologische Gerechtigkeit sorgen und die Auswirkungen des Kapitalismus kritisieren, aufgrund ihres Gleichheitsideals klare linke Wurzeln. Es ist offensichtlich, dass eine ökologische Erneuerung der südamerikanischen Linken notwendig ist. So gesehen zeigt sich eine gegenseitige Notwendigkeit: Eine Linke des 21. Jahrhunderts, und insbesondere eine, die auf die südamerikanischen Verhältnisse antwortet, braucht notwendigerweise eine starke ökologische Komponente. Zugleich gründet sich eine Umweltbewegung, die sich für die Natur und die Gesellschaft einsetzt, unweigerlich auf die linke Tradition.

Aus dieser reichen linken Tradition gilt es viele Elemente aufzugreifen. Aber wie die vorangehende Analyse zeigt, wird es notwendig sein, einige alte Ideen aufzugeben und neue Vorschläge auszuarbeiten. Diese Aufgabe verlangt eine noch stärkere Fokussierung der theoretischen Reflexionen auf die lateinamerikanischen Umstände. Dieser Schritt ist unerlässlich, da in der südamerikanischen Linken der Blick zur europäischen Referenz, im Speziellen auf das sozialistische und marxistische Erbe (im weiteren Sinne), fortbesteht. Dies erklärt, wieso viele theoretische Dialoge immer wieder vor diesem Hintergrund geführt werden. Das führt einerseits zu einer Anlehnung an die klassischen Ideen der europäischen Moderne und andererseits zu Schwierigkeiten im Umgang mit den Spezifika in Lateinamerika.

Im Folgenden werden einige zentrale Punkte für dieses Projekt einer grünen Erneuerung der Linken angesprochen. Es wird kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben, jedoch werden einige, teilweise, dringliche Schlüsselemente aufgezeigt.

Beginnen wir mit dem historischen Rahmen: Die lateinamerikanischen progressiven

Bewegungen verfestigten sich in den Regierungen nach tiefgreifenden neoliberalen Reformen, die bleibende Wirkungen hinterlassen hatten. Obwohl die Linke sich von diesem Weg abwandte, hatten sich viele Veränderungen bereits verfestigt und damit wurde das kulturelle Bezugssystem substantiell modifiziert – hin zu mehr Individualismus, mehr Wettbewerbsfähigkeit, weniger Solidarität und mehr Konsum. Nach dem neoliberalen Zyklus haben unsere Gesellschaften ihr Gesicht verändert, Andere Wunschvorstellung, Bewertungen und Erwartungen an Veränderung haben sich durchgesetzt. Dadurch haben sich die Achsen zur Definition von «links» und «rechts» verschoben. Außerdem existieren ernste Restriktionen, die eine grüne Erneuerung der Linken behindern. Dazu zählen die Bestrebungen nach materiellem Konsum, die sich in weiten Teilen der Bevölkerung zeigen, und die Gewalt unter der viele Menschen in verschiedenen Ländern leiden. Deshalb ist die grüne Erneuerung der Linken mehr als nur eine politische Aufgabe, viel mehr sind wichtige kulturelle Veränderungen notwendig.⁸

Gleichzeitig müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass die gegenwärtigen progressiven Regierungen das Steuer erst Jahre nach der Krise und dem Zusammenbruch des realen Sozialismus und des Kommunismus übernahmen. Dieser Zusammenbruch hatte starken Einfluss auf die theoretischen Debatten und die politischen Vorschläge und darf nicht unterschätzt werden (Wright 2010). Diese Lektionen zeigen, dass eine Rückkehr zu einer zentralisierten Ökonomie in der Hand des Staates und zu auf Parteibüros beschränkte Entscheidungsprozesse keine Zukunft haben. Daraus erwächst die Notwendigkeit die Rolle, die die Märkte einnehmen sollen, zu definieren, und gleichzeitig die gesellschaftliche Kontrolle über den Staat sicherzustellen.

Die ökonomischen Notwendigkeiten der Regierung, die Dringlichkeit Sozialprogramme zu implementieren und der Höhenflug der Rohstoffpreise trugen dazu bei, den Druck auf die natürlichen Ressourcen aufrechtzuerhalten. Der klassische Extraktivismus wie auch der Neoextraktivismus sind sowohl für die Degradierung der Umwelt als auch die Schwierigkeiten das Entwicklungsmodell zu wechseln verantwortlich.

Stück für Stück akzeptierten die regierenden progressiven Bewegungen – unter bestimmten Bedingungen – den Kapitalismus, in der Annahme, dass der Staat die perverstesten Folgewirkungen, besonders im Sozialbereich, dämpfen oder lenken könnte. Man akzeptierte die Möglichkeit eines «gütigen Kapitalismus», der in einigen seiner Ideen der alten europäischen Sozialdemokratie des 20. Jahrhunderts nahe steht, aber starke Spannungen zu den Zielsetzungen des klassischen Sozialismus, der den Kapitalismus immer ablehnte, hervorruft.

Die linken Strömungen in der Umweltbewegung lassen keinen Zweifel daran, dass die Umweltproblematik unter dem gegenwärtigen Kapitalismus nicht ernsthaft und effektiv behandelt werden kann. Es können unmittelbar lindernde Maßnahmen eingeführt werden, wie zum Beispiel die Installation von Filtern in den Fabrikschornsteinen oder die Verbesserung der Behandlung von Abwässern. Aber der «gütige Kapitalismus» repräsentiert keine wirkliche Lösung. Die Umweltbewegung fordert weitreichende Veränderungen in den Konsummustern und den Entwicklungskonzepten als wirkliche Alternative. Damit geht ihre Vision der Zukunft über den zeitgenössischen Kapitalismus und seine politisch-philosophische Basis hinaus. Auf diese Weise ist die grüne Linke postkapitalis-

tisch und positioniert sich gleichzeitig jenseits von Liberalismus und Utilitarismus und greift dabei einige Elemente des klassischen Sozialismus wieder auf.

Die konzeptionellen Übereinstimmungen und Brüche zwischen Strömungen der Umweltbewegung und des Sozialismus sind jedoch kompliziert (siehe zum Beispiel Dobson 1997). Im Sinne der Zielsetzung des vorliegenden Beitrags ist es notwendig, einige Punkte dieser breiten Thematik hervorzuheben. Einerseits existieren, wie bereits betont, Annäherungen in der Kritik am Kapitalismus und in der Verbindlichkeit gegenüber Gerechtigkeit und Gleichheit. Andererseits existieren substanzielle Unterschiede in verschiedenen Aspekten. Die bedeutsamsten Differenzen werden im Folgenden angedeutet. Sie drehen sich um die Ideen von Überfluss und Mangel, den Glauben an den Fortschritt, die kulturelle Diversität (im Besonderen in Bezug auf die indigenen Völker) und die ethischen Grundsätze.⁹ Dies führt dazu, dass die ökologische Kritik der Linken in mancher Hinsicht auch als postsozialistisch bezeichnet werden kann.

Die vom klassischen Marxismus verteidigte Idee des Überflusses ist in Hinblick auf die eindeutigen ökologischen Grenzen der Entwicklung umstritten. Die Umweltbewegung besteht darauf, dass wir einer Zukunft des Mangels und der Knappheit gegenüberstehen: die natürlichen Ressourcen sind begrenzt, die Kapazität der Ökosysteme die Einwirkungen zu puffern ist erschöpft, und in vielen Fällen hat die Umweltzerstörung ein kritisches Ausmaß erreicht. Gleichzeitig drohen das baldige Verschwinden von Schlüsselrohstoffen, wie dem Erdöl, und ökologische Kollapse im globalen Maßstab, wie der Klimawandel.

Niemand, nicht einmal die Verteidiger des Kapitalismus, leugnet, dass die ökologischen Grenzen um einiges näher gerückt sind. Es ist offensichtlich, dass daraus weitreichende Restriktionen und die Forderung nach konkreten Antworten erwachsen. Die Untragbarkeit des Kapitalismus widerspiegelt sich also auch in den aktuellen grünen Positionen der Linken. Diese Untragbarkeit zeigt sich nicht nur in «internen» Faktoren der kapitalistischen Dynamik, sondern auch in «externen» Faktoren (wie dem Versiegen der natürlichen Ressourcen, dem globalen Klimawandel und dem Kollaps bestimmter Ökosysteme). Die klassischen Marxisten jedoch betonten die «internen» Dynamiken und prangerten die inneren Widersprüche als die zentralen Gründe für die langfristige Untragbarkeit des Kapitalismus an. Sie konzentrierten sich auf Modelle, die verschiedene Phasen durchlaufen, und das konfliktbeladene Interaktion der Schlüsselakteure: Diese Abfolge hat sich nicht bestätigt und ist momentan Gegenstand von Zweifel und Kritik (Wright 2010). Doch es gab auch Ausnahmen in diesen mehrheitlichen Strömungen, wie das durch O'Connor (1998) verteidigte Konzept eines zweiten, ökologischen Widerspruchs des Kapitalismus.

Die grüne Linke erweitert die Kritik am Kapitalismus auf Kritik der ihn stützenden Fortschrittsideologie. Die Träume vom Fortschritt, die sich in den aktuellen Strategien zum ökonomischen Wachstum mit weitreichenden Wirkungen auf die Umwelt und der hohen Abhängigkeit vom Rohstoffexport zeigen, haben keine Zukunft. Das ist ein Weg hoher sozialer und ökologischer Kosten. Er bedeutet die Akkumulation von Folgewirkungen (wie im Fall der Minenwirtschaft) und ist durch die Erschöpfung der Ressourcen (im Falle des Erdöls) limitiert (siehe auch den Klassiker von Nisbet 1980).

Angesichts dieser Limitationen erwarteten viele einen grundlegenden Wandel durch die progressiven Regierungen, besonders gegen Ende der ersten Dekade des 21. Jahrhun-

derts, als sich die industrialisierten Länder einer schwerwiegenden ökonomisch-finanziellen Krise gegenüber sahen. Viele dachten, dass diese und andere Faktoren den Kapitalismus in Schach setzen würden und waren überzeugt, dass sich den lateinamerikanischen, linken Strömungen neue Möglichkeiten eröffnen würden, ihre Suche nach Alternativen zu intensivieren. Dies ist jedoch nicht geschehen. Im Gegenteil, alle Länder versuchten, ihre Stellung als Lieferanten von Rohstoffen auf den globalen Märkten zu stärken. Als ob dies nicht genug wäre, traten einige südamerikanische, progressive Regierungen als Verteidiger des aktuellen Kapitalismus auf, bestehen auf einer Stärkung seiner Institutionen der *global governance* (wie der Welthandelsorganisation), und finanzieren die Expansion ihrer eigenen Konzerne.¹⁰ Die Versuche einer autonomen, regionalen Integration schreiten nicht voran, oder wie im Falle der *Banco del Sur* nur sehr langsam.

Die neue Umweltkritik argumentiert, dass es nicht reicht nach alternativen Entwicklungen zu suchen, sondern, dass es unerlässlich ist Alternativen zum Entwicklungsbegriff an sich zu konstruieren. Sie führt an, dass das Eigentum an den Produktionsmitteln die Probleme einer sozialen und ökologischen Gerechtigkeit nicht löst (wie die Proteste und Auswirkungen rund um die Ausbeutung von Erdöl durch staatliche Unternehmen wie PDVSA in Venezuela zeigen), sondern dass es unerlässlich ist, die Essenz der produktiven Prozesse und die Ideen über Entwicklung als Diskurs, als institutionelle Gegebenheit und als Kultur neu zu formulieren.

Dieses und andere Beispiele zeigen, dass die konventionelle Linke weiterhin eine materielle Vision der Entwicklung verteidigt, die direkt in der Fortschrittsidee verankert ist, notwendigerweise einem geschichtlichen Ablauf folgt und sich auf Wissenschaft und Technik stützt. Unter diesem Blickwinkel ist die Natur ein Korb voller Ressourcen, die genutzt werden müssen. Diese Perspektive überrascht nicht, ist doch die Fortschrittsideologie Teil des Projekts der Moderne, das auch einen guten Teil der sozialistischen Strömungen einschließt. Diese Kultur ist fest verankert und sehr resistent gegenüber Veränderungen. Dies erklärt den Widerstand der konventionellen Linken gegenüber einer führenden Rolle der Umweltthematik und die Grenzen der Erneuerung des «Sozialismus des 21. Jahrhunderts».

Dieses Aufeinanderprallen von Welten drückt sich auch in der Vielfalt der Standpunkte in den verschiedenen südamerikanischen Organisationen aus, besonders bei den aktuellen Protagonisten der Bewegungen der Indigenen und Kleinbauern. Einige ihrer Begriffe passen nicht zur europäischen Moderne, und sie verteidigen Visionen der Natur, die nicht vereinbar sind mit der Fortschrittsideologie. Die konventionelle Linke hatte unterschiedliche Schwierigkeiten, sich mit dieser kulturellen Diversität zurechtzufinden (von den Widerständen, mit denen José Carlos Mariátegui vor Jahrzehnten zu kämpfen hatte bis zum gegenwärtigen Unvermögen der Theoretiker des «Sozialismus des 21. Jahrhunderts» der «Indianität» (*indianidad*) einen Platz einzuräumen). Es ist offensichtlich, dass die Rolle dieser Akteure auch nicht mit den konventionellen Standpunkten über soziale Klassen und über das Proletariat als Schlüsselsubjekt des Wandels übereinstimmt. Die Diversität kann auch nicht adäquat unter dem Schirm eines liberalen «Multikulturalismus» erfasst werden. Einige der Manifestationen dieser Diversität sind mit Bedingungen, Forderungen und Aufklärungen zu Umweltthemen verknüpft. Dergestalt sind sie Formen einer alternativen Wahrnehmung und Bewertung sowie eines alternativen

Umgangs mit der Natur. Viele von ihnen sind weit entfernt vom Projekt der Moderne und können deshalb nicht mit deren Kategorien analysiert werden. Dies führt dazu, dass jeglicher umweltpolitischer Ansatz von Seite der Linken in dieser Diversität der Perspektiven verankert sein muss.

Die Rolle der Werte

Ein anderer konzeptioneller Anknüpfungspunkt hat seine Wurzeln in den ethischen Standpunkten. Die linke Umweltbewegung ist sehr vertraut mit diesem Feld und fordert ethische Vereinbarungen mit zukünftigen Generationen, verteidigt die Pluralität der Ansätze zur Bewertung der Umwelt und erkennt in manchen Fällen sogar den intrinsischen Wert der Natur an. Im Gegensatz dazu hatten die Ausprägungen des Marxismus in der Vergangenheit Schwierigkeiten sich in diesem Feld zu bewegen und zwar aufgrund ihrer Distanz zu den normativen, konzeptionellen Herangehensweisen, obwohl andererseits immer der Aufbau einer gerechteren Gesellschaft im Mittelpunkt stand (Arnsperger und Van Parijs 2002).

Die Problematik der Werte ist zentral, insofern der Ökosozialismus als eine nicht-kapitalistische Alternative präsentiert wurde, die den Gebrauchswert der natürlichen Ressourcen in seiner Wichtigkeit über den Tauschwert stellt (siehe zum Beispiel Riechmann 2006). Dies ist zweifellos ein Fortschritt, das Problem ist jedoch die in jedem Fall instrumentalisierte Bewertung der Natur innerhalb der Grenzen eines Anthropozentrismus.

Andere Strömungen in der Umweltbewegung versuchen, über diese Art der Bewertung hinauszugehen und die intrinsischen [eigenen, unabhängig von Nutzungsinteressen bestimmten] Werte der Umwelt anzuerkennen. Die Diskussionen rund um diese Fragestellung haben nach der Verabschiedung der Rechte der Natur in der neuen Verfassung von Ecuador an Intensität gewonnen. Diese Standpunkte markieren einen anderen Bruch mit den konventionellen Vorstellungen der Moderne, welche die anthropozentrische Perspektive fortführen, die Gesellschaft von der Natur entfremden und auf utilitaristischen und instrumentellen Verhaltensweisen beharren.

Wenn man diesen Weg voranschreitet, gelangt von den intrinsischen Werten der Natur zu einer biozentrischen Perspektive, was nicht nur erlaubt, den instrumentalisierten Gebrauch der Natur hinter sich zu lassen, sondern auch die Sackgasse des durch die Moderne definierten Fortschritts zu verlassen. Das erlaubt es, andere Standpunkte über Entwicklung in Erwägung zu ziehen, die sich klar auf die Lebensqualität der Menschen und den Erhalt der Umwelt fokussieren. Ein herausragender Versuch in diese Richtung bestand darin, das Konzept des «buen vivir» zu entwickeln, das die spezifische, kulturelle Diversität der Region miteinbezieht wie es der Bezug auf *sumak kawsay*¹¹ zeigt. Ein weiteres Mal finden in diesem Zusammenhang die interessantesten Debatten zurzeit in Ecuador statt, da die Infragestellung des klassischen Entwicklungsbegriffs dort in der neuen Verfassung anerkannt wird.

Anstehende Herausforderungen

Die verschiedenen, in diesem Beitrag angesprochenen Aspekte zeigen, dass die Umweltthematik Fragestellungen aufwirft, die die zeitgenössischen politischen Strömungen in ein Spannungsverhältnis zueinander setzen. Auch das breite Spektrum der lateinamerikanischen Linken kann diesem Prozess nicht entgehen, wobei hier vielleicht die Spannungen am intensivsten sind, weil die Linke sich mit ihrer Forderung nach Gleichheit und Gerechtigkeit mit vielen grünen Strömungen trifft.

Die progressiven Regierungen repräsentieren ohne Zweifel einen substanziellen Wandel und nähern sich der linken Tradition in ihren Maßnahmen zur Armutsbekämpfung an. Andererseits bleiben sie aber innerhalb der Grenzen des kulturellen Projekts der Moderne: sie generieren ihre eigenen Entwicklungsstrategien, bleiben mit ihnen aber der Fortschrittsideologie verhaftet.

Die ökologische Krise zieht jedoch die Gangbarkeit eines ewigen Fortschritts in Zweifel. Gleichzeitig warnen verschiedene Konflikte und Bürgerproteste, besonders gegen den Extraktivismus, vor den anhaltenden gesellschaftlichen und ökologischen Auswirkungen. Viele dieser Proteste werden von Ideen der Linken getragen, sind Kämpfe für Gleichheit und Gerechtigkeit und können nicht als Beispiele neoliberaler oder konservativer Bestrebungen abgetan werden.

In der aktuellen Situation fordern die linken Umweltbewegungen von südamerikanischen progressiven Bewegungen, weniger «progressiv» und mehr «links» zu sein. Das impliziert die Entlarvung der Fortschrittsideologie. Die Aufgabe der Erneuerung der Linken ist gleichzeitig politisch und kulturell. Übergänge zu einer post-extraktiven Entwicklung sind abzuwägen. Ein höheres Maß an Offenheit wird nötig sein, um den Dialog mit indigenem und traditionellem Wissen und mit neuen konzeptionellen Perspektiven wie der Kritik des Feminismus zu führen. Außerdem muss man über die rein ökonomische Gerechtigkeit hinausgehen, um den Kampf für Gleichheit so auszuweiten, dass sich die Gerechtigkeit nicht nur auf soziale Sphären erstreckt sondern auch ökologische Aspekte miteinbezieht. Diese und andere Komponenten deuten einen Weg an, der in seiner Essenz eine transformative Kritik am Projekt der Moderne darstellt.

Diese Aufgaben sind nicht einfach und es existieren mit Sicherheit Traditionen und Bräuche, die schon eine lange Geschichte haben und doch notwendigerweise hinter sich gelassen werden müssen. In Lateinamerika muss die Linke gezwungenermaßen grün sein, um ihren Geist zu erhalten und die Probleme und Herausforderungen des 21. Jahrhunderts anzupacken.

Eduardo Gudynas ist Geschäftsführer des Centro Latino Americano de Ecología Social (CLAES) in Montevideo, Uruguay (www.gudynas.com). (Übersetzung aus dem Spanischen: Markus Seiwald und Christian Zeller.)

Anmerkungen

1. Eduardo Gudynas verwendet den Begriff des «progresismo». Wir umschreiben diesen mit dem Begriff progressiven Bewegungen.
2. Auf der persönlichen Website von Eduardo Gudynas (www.gudynas.com) finden sich zahlreiche seiner wissenschaftlichen und journalistischen Artikel. Weiteres Material ist auf dem Blog von Eduardo Gudynas (<http://accionyreaccion.com>) und auf der Website des CLAES (www.politicaeconomia.com) abzurufen.

3. In ihrem Rücktrittsschreiben weist Silva auf die Fehler eines Entwicklungskonzepts hin, dass auf materiellem Wachstum um jeden Preis basiert, gigantische Gewinne für wenige und perverse Resultate für die Mehrheit bereit hält, und auf Kosten der Ärmsten, der natürlichen Ressourcen und der Lebensqualität geht. Außerdem führt sie an, dass in der Regierung Lula die politischen Voraussetzungen fehlten, um Fortschritte im Bereich einer strategischen Vision zu machen, mit der die Umweltthematik im Herzen der Regierung und der öffentlichen Ordnung verankert werden könnte.
4. Unter seinen Vorschlägen fanden sich Reformen für die Umweltverträglichkeitsprüfung und die Finanzkontrolle in Umweltfragen, die Einklagbarkeit von Umweltdelikten im Rechtssystem und eine Verfassungsreform, welche die Rechte und den Schutz von Tieren verankert.
5. Agencia Boliviana de Informaciones, La Paz, 10 Octubre 2009.
6. «Dirigente de CONAMAQ dice que para Evo la consulta a indígenas es perder el tiempo», Erbol, La Paz, 15 Junio 2010.
7. Das ecuadorianische Staatssekretariat für Planung und Entwicklung (Secretaría Nacional de Planificación y Desarrollo – SENPLADES) hat anstatt eines «Programms zur nationalen Entwicklung» einen «Nationalen Plan für das Gute Leben – Für die Konstruktion eines plurinationalen und interkulturellen Staates» ausgearbeitet. Darin wird die Notwendigkeit zu einer Abkehr von der extraktiven Abhängigkeit betont.
8. Ein Schlüsselaspekt, der hier im Detail nicht behandelt wird, ist die Notwendigkeit einer Stärkung der Politik, einschließlich von Angelegenheiten wie der Demokratisierung des öffentlichen Lebens, der Reform der Parteiensysteme, der Auslöschung der Korruption in den Parteien und im Staat, etc. Die Korruptionsskandale, unter denen die Regierungen von Nestor Kirchner und Lula da Silva litten, verfügen nicht nur über eine umweltrelevante Seite (da es unmöglich ist, die Gesetze unter diesen Voraussetzungen effektiv anzuwenden), sondern erodieren die Politik als Ganzes.
9. Andere wichtige Aspekte können in gegebenem Rahmen nicht analysiert werden. Darunter muss auf den Beitrag des Feminismus, die Herausforderungen an die lateinamerikanische Zivilgesellschaft, die Forderung nach einer Radikalisierung der Demokratie etc. hingewiesen werden.
10. Der augenscheinlichste Fall ist Brasilien, wo enorme öffentliche Finanzmittel über die «Nationale Bank für wirtschaftliche und soziale Entwicklung» (Banco Nacional de Desarrollo Económico y Social – BNDES) in die Expansion von brasilianischen Unternehmen in die Nachbarländer und auf globalem Niveau fließt.
11. *Sumak kawsay* ist ein indigener Begriff, der die Perspektive eines guten Lebens beinhaltet.

Literaturverzeichnis

- Acosta, Alberto (2009): *La maldición de la abundancia*. Quito: CEP, Swiss Aid, AbyaYala.
- Alimonda, Héctor (2001): Una herencia en Comala. Apuntes sobre ecología política latinoamericana y la tradición marxista, *Ambiente & Sociedad* 9: S.1–18.
- Arnsperger, Christian und Van Parijs, Philippe (2002): *Ética económica y social. Teorías de la sociedad justa*. Buenos Aires: Paidós.
- Bobbio, Norberto (2001): *Derecha e izquierda. Existen aún la izquierda y la derecha?* Madrid: Suma de Letras.
- Boron, Atilio (2008): *Socialismo siglo XXI. Hay vida después del neoliberalismo?* Buenos Aires: Ediciones Luxemburg.
- Bradshaw, Corey J. A., Giam, Xingli und Sodhi, Navjot S. (2010): Evaluating the Relative Environmental Impact of Countries, *PLoS ONE* 5 (5): S. e10440 1–16. www.plosone.org/article/info%3Adoi%2F10.1371%2Fjournal.pone.0010440.
- Callinicos, Alex (2002): *Contra la tercera vía. Una crítica anticapitalista*. Barcelona: Crítica.
- Capriles, Elías (2007): El ecosocialismo como vía hacia el comunismo? Una propuesta pragmática, *Humania al Sur* 2 (2): S. 85–125
- CLAES (2010): *Tendencias en ambiente y desarrollo en América del Sur. Cambio climático, biodiversidad y políticas ambientales*, Centro Latino Americano Ecología Social: Montevideo.
- Dieterich, Steffan H. (2008): *El socialismo del siglo XXI*. México.
- Dobson, Andrew (1997): *Pensamiento político verde. Una nueva ideología para el siglo XXI*. Barcelona: Paidós.
- Fals Borda, Orlando (2007): *Hacia El Socialismo Raizal y Otros Escritos*. Bogotá: Ediciones CEP, Desde Abajo.

- Foster, John Bellamy (2004): *La ecología de Marx. Materialismo y naturaleza*. Barcelona: El Viejo Topo.
- Giddens, Anthony (1999): *La tercera vía. La renovación de la socialdemocracia*. Madrid: Taurus.
- Gudynas, Eduardo (2003): *Ecología, economía y ética del desarrollo sostenible*. Quito: ILDIS, AbyaYala.
- Gudynas, Eduardo (2009a): *Diez tesis urgentes sobre el nuevo extractivismo. Contextos y demandas bajo el progresismo sudamericano actual*. Quito: CAAP (Centro Andino de Acción Popular), CLAES (Centro Latino Americano de Ecología Social). S.187–225.
- Gudynas, Eduardo (2009b): *El mandato ecológico. Derechos de la Naturaleza y políticas ambientales en la nueva Constitución*. Quito: AbyaYala.
- Gudynas, Eduardo (2010): Si eres tan progresista ¿por qué destruyes la naturaleza? Neoextractivismo, izquierda y alternativas, *Ecuador Debate* (79): S. 61–82.
- Löwy, Michel (2005): *Ecología e socialismo*. São Paulo: Cortez Editora.
- Monedero, Juan Carlos (2008): Los socialismos del siglo XXI: reinventar la teoría política a la luz de la práctica revolucionaria. In: G. Ayala Cruz (Ed.): *Volver al futuro. La búsqueda de un socialismo latinoamericano*. Quito: La Tierra. S.183–209.
- Nisbet, Robert (1980): *Historia de la idea de progreso*. Barcelona: Gedisa.
- O'Connor, James (1998): *Natural causes. Essays in ecological Marxism*. New York: Guilford Press.
- Riechmann, Jorge (2006): La crítica socialista al capitalismo. In: V. Sáiz (Ed.): *La izquierda verde*. S. 67–111.
- Sabbatella, Ignacio (2010): Crisis ecológica y subsunción real de la naturaleza el capital, *Iconos* 36: S. 69–80
- Saint-Upéry, Marc (2008): *El sueño de Bolívar. El desafío de las izquierdas sudamericanas*. Barcelona: Paidós.
- Wright, Eric Olin (2010): *Preguntas a la desigualdad. Ensayos sobre análisis de clase, socialismo y marxismo*. Bogotá: Universidad del Rosario.